

Eigentumsformen und die in diesen repräsentierten Interessenkonstellationen *operieren*, ökonomisch *verbunden* werden und wie eine nachhaltige *Gebrauchswertökonomie* ohne übergreifende Planung und nach wirtschaftspolitischen Arrangementideen, wie sie die SPD in den frühen 70er Jahren im auslaufenden Fordismus entwickelte, aufgebaut und erhalten werden soll, ist unklar. Anders formuliert: auch bloß Konturen eines Konzepts, wie eine auf öffentlichem Eigentum aufbauende Wirtschaft bei Beibehaltung eines kapitalistischen Marktes funktionieren und z.B. systematisch politisch gesetzte ökologie- oder gleichheitspolitische Effekte erzielen soll, existieren nicht und können auch nicht durch die breit skizzierten Forderungen nach demokratischer Steuerung ersetzt werden. Noch schwieriger wird es, wenn die Frage nach einer die nationalstaatliche Ebene übergreifenden Eigentums politik gestellt wird. Programmatische oder konzeptionelle Ansätze müssen hier noch entwickelt werden.

2. Eine alternative Eigentums politik denkt das Programm primär als Stärkung des „Öffentlichen“ und des „Kollektiven“, also einerseits als staatliches, andererseits als kollektives, betriebliches Belegschaftseigentum bzw. genossenschaftliches Eigentum. Wie eben vermerkt, bleibt die sehr komplizierte Schlüsselfrage nach ihrer gebrauchswertökonomischen Verknüpfung und Orientierung offen. Das „Öffentliche“ wird unsystematisch und unterkomplex (nämlich bloß als Staatlichkeit und Öffentlichkeit) entwickelt, wie gleich gezeigt werden soll.

3. Nur gerade mal wo es um soziale Subjekte, vor allem Klassensubjekte geht, taucht im Programm der Begriff des *Gemeinsamen* auf. Aus einer geteilten Klassenlage komme über welche Vermittlungen auch immer ein gemeinsames Klasseninteresse und / oder letztlich ein gemeinsames gesellschaftliches Bewußtsein zustande. Das Programm knüpft nirgends weder kritisch noch innovativ an den Gemein-Diskurs und die liberale, auch linke und radikale Tradition einer *Politik des Gemeinsamen und des Kommunen* an. Die politische Begriffswelt der *Gemeingüter* und des *Gemeinwohls*, des *Gemeinbesitzes*, des „*communicare*“, des „*Gemeinsam-machens*“, des „*Teilens*“, „*Mit-teilens*“, „*Teil-habens*“ und auch des „*Sich-Kümmerns um das Gemeinsame*“ oder „*das Allgemeine*“ (*Common*), des „*Commonwealth*“ spielt keine Rolle. Diese – in keiner Weise politisch und ideologisch unproblematische, vielmehr äußerst brisante Tradition, die als Zielformulierung wie als Feld der radikalen Kritik und der politischen Auseinandersetzung für die Linke ein Jahrhundertthema war, bleibt komplett ausgeklammert. Zugrunde liegt dem vermutlich weniger ein political-correctness-Kalkül als ein unreflektierter Bruch mit einer substantiellen eigentums politischen Tradition.

4. Und endlich kommt der Begriff der „*Commons*“ im Programm der LINKEN und den paar Dutzend prominenten Debattentexten um das Programm aus dem Parteifeld nicht vor – eine Traditionslinie, die von der Autonomia-Bewegung im Italien der 60er über die Umweltbewegung seit den 70ern und die globalisierungskritische Bewegung der 90er bis hin zu der antineoliberalen Bewegung im letzten Jahrzehnt mit ihren Kämpfen gegen Privatisierung und Inwertsetzung reichte und mittlerweile auch auf staatlicher Ebene in Lateinamerika eine starke Rolle spielt. Das transformationspolitische Potential dieses Diskurses und dieses Politikansatzes ist offenbar nicht im Blickfeld – vermutlich, weil dieses Konzept in der Entwicklung steht, radikale Varianten einschließt und politisch hierzulande noch randständig ist bzw. stark auf die digitalen Commons fixiert ist, die aufgrund der lange Zeit vorhandenen netzpolitischen Ignoranz der Linken erst recht keine wesentliche Rolle im linken politischen Diskurs spielen.

Die Commons und die Ansätze einer Politik des Gemeinsamen sind aber ein transformationsstrategisches Konzept, durchaus freilich oft mit grundsätzlichen Schwächen:

- ▶ die *Commoners*, die sich gemeinschaftlich und selbstorganisiert nach selbst bestimmten Regeln um gemeinsame natürliche, soziale oder kulturelle Ressourcen kümmern werden als kommunitär agierende *Communities* verstanden – doch welche Ungleichheiten, Klassennaturen, Herrschaftsverhältnisse in solchen Gemeinschaften entstehen, existieren und reproduziert werden wird kaum bedacht; die Begeisterungen über Regeln lassen Herrschafts- und Machtkritik weit hinter sich.
- ▶ Die dabei gängige Hochschätzung der „*Gemeinschaft*“ im Commonsdiskurs zu Lasten des Individuums / der Individualität / Singularität etc. ignoriert die mittlerweile jahrhundertalte höchst problematische Verankerung dieser Gemeinschafts-Rede in vorpolitischen, romantischen und dann rohen und gewalttätigen bürgerlich-nationalstaatlichen und korporatistischen Identitätsdiskursen und –praxen, die alles andere als progressiv oder links sind, statt sie konsequent demokratie- und differenzpolitisch durchzubuchstabieren;
- ▶ Die Commons in liberaler Manier als womöglich autonome, zivilgesellschaftliche Veranstaltung „jenseits von Markt und Staat“ zu positionieren und darin bloß nachhaltige Geschäftsmodelle eines grünen Kapitalismus zu sehen verzichtet offensichtlich darauf, das Widerstandspotential des Commoning gegen Profit- und Herrschaftsrationalitäten in den Vordergrund zu stellen und seine politische Ökonomie als nichtkapitalistische und herrschaftskritische eigene Produktionsweise auszuarbeiten. Die

Auseinandersetzungen um Commons und ihre Stärkung wären dann ja Versuche, Wege zu nichtkapitalistischen Produktionsweisen zu öffnen.

Commons & Öffentliches

Das demgegenüber von links stark gemachte „Öffentliche“ tritt auf als auszeichnende Beschreibung sehr unterschiedlicher Sachverhalte: öffentliche Güter, öffentliche Daseinsvorsorge, öffentliches Eigentum, öffentliche Beschäftigung, öffentlicher Sektor oder öffentlicher Dienst, öffentliche Gewalt, öffentliches Interesse, öffentliche Räume, öffentliches Leben oder Teilhabe der Öffentlichkeit an Entscheidungen. Kein anderer Begriff hat eine vergleichbare Nutzungsvielfalt aufzuweisen, die versucht, gegenüber dem neoliberalen Kult des „Privaten“ eine Differenz auf Augenhöhe aufzumachen. Das „Öffentliche“ hat in seiner Geschichte mindestens *vier starke Bedeutungsgehalte* aufgerufen und bis heute tradiert: es meint das *Nicht-Geheime*, *Zugängliche* und *Transparente*, es klagt die Orientierung auf das *Gemeinwohl* (das allgemeine Interesse) ein, steht für *Staatlichkeit* und meint endlich als Öffentlichkeit *Publizität* und medial vermittelte *öffentliche Meinung*. Im Unterschied zum Privaten meint es einen Zusammenhang (eine Beziehung, ein Verhältnis) zwischen Akteuren, der über das Private und Individuelle hinaus *das Andere* und letztlich *das Allgemeine* in Rechnung stellt. Es ist ein Diskussions- und Handlungsraum, in dem die Gesellschaft sich selbst immer schon mitführt: als Bezug, in dem nicht nur die privaten Interessen, sondern auch die der anderen verfolgt werden, somit ein gesellschaftlich Gemeinsames bzw. Allgemeines durch Teilhaberschaft zugänglich werden und entstehen kann. Wie sich diese sozialen und politischen Qualitäten des Öffentlichen ausbilden hängt von gesellschaftlichen Kämpfen, Kräftekonstellationen und den dabei ins Spiel gebrachten Projekten, Strategien und Politiken des Öffentlichen ab, ob sich also etwa in diesem öffentlichen, also politischen Verhältnis der Menschen zueinander die politische Seite der Teilhabe und Bürgerpartizipation oder jene politischen Momente von Staatlichkeit durchsetzen, die für Macht und Gewalt stehen. Wenig einsichtig scheint mir, vorweg auf eine Durchsetzung des Gemeinsamen im Öffentlichen zu verzichten.

Ein dementsprechend progressives, linkes Projekt des Öffentlichen müsste auszeichnen bzw. bezwecken

- ▶ die *Demokratisierung* von Herrschaft,
- ▶ die Beförderung politischer, ökonomischer wie sozialer *Gleichheit*,
- ▶ eine Priorisierung von *Gemeinwohlorientierung* und
- ▶ eine Öffnung von Wegen zur *Individualität* durch Teilhabegerechtigkeit bei elementaren Lebensbedingungen.

Es geht also um konkrete Wirkungen und Nutzeffekte. Für das „Öffentliche“ einzutreten bedeutet, Eigentums- und Sozialbeziehungen, Unternehmen, Güter, Räume oder Maßnahmen der Daseinsvorsorge, der Kommunikation, der öffentlichen Gewalt oder politischen Entscheidungen so zu gestalten, dass sie durch ihre Ausrichtung und Orientierung auf allgemeine Interessen (Gemeinwohlorientierung) die Ungleichheit der Verteilung von Ressourcen in der Gesellschaft vermindern und ebenso die Ungleichheit der Verteilung politischer Güter (Teilhabe, Zugang) mindern, systematisch Zugänge zu ihnen öffnen und ihr Arrangement demokratisieren, also auch verallgemeinern. Das Schlüsselement einer Transformationsstrategie des Öffentlichen jedoch – ein linkes Staatskonzept – fehlt und ist in der Linken kaum Thema.

Bemerkenswerterweise nun stehen sie damit nicht alleine. In der grünen Commons-Debatte wird – wenn auch selten und eher mühsam – konzediert, dass der Staat eine bemerkenswerte Rolle spielen kann: er trage nicht nur zur Zerstörung, sondern auch zur Sicherung der Commons bei, könne als Treuhänder fungieren, als Schiedsrichter (Mediator), Cogovernor, auch als Förderer der Commons. Wie er dabei zu verändern wäre ist hier freilich auch kein Thema. Es gibt also ein gemeinsames Problem. Eine Politik der Commons und eine progressive Politik des Öffentlichen zu einer „Großen Kooperation“ (Arild Vatn) für eine neue Politik der Transformation zu verdichten und dabei beide Politikulturen selbst verändert wäre eine erfolversprechende strategische Option.

Teilen:

- ▶ [Klick, um dies einem Freund per E-Mail zu senden \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#) ^[4]
- ▶ [Klick, um auf Facebook zu teilen \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#) ^[5]
- ▶ [Zum Teilen auf Google+ anklicken \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#) ^[6]

▶ [Klick, um über Twitter zu teilen \(Wird in neuem Fenster geöffnet\)](#).^[7]

▶

Beitrag gedruckt von keimform.de: <http://keimform.de>

URL zum Beitrag: <http://keimform.de/2011/linke-commons-oeffentliches/>

URLs in diesem Beitrag:

[1] Bild: <http://keimform.de/wp-content/uploads/2011/11/commons-based-queer-production.jpg>

[2] COM'ON-Tagung am 10.12.2011: <http://keimform.de/2011/com-on/>

[3] Bild: <http://keimform.de/wp-content/uploads/2011/12/wordle-parteiprogramm-linke.jpg>

[4] Klick, um dies einem Freund per E-Mail zu senden (Wird in neuem Fenster geöffnet):

<http://keimform.de/2011/linke-commons-oeffentliches/?share=email>

[5] Klick, um auf Facebook zu teilen (Wird in neuem Fenster geöffnet): <http://keimform.de/2011/linke-commons-oeffentliches/?share=facebook>

[6] Zum Teilen auf Google+ anklicken (Wird in neuem Fenster geöffnet): <http://keimform.de/2011/linke-commons-oeffentliches/?share=google-plus-1>

[7] Klick, um über Twitter zu teilen (Wird in neuem Fenster geöffnet): <http://keimform.de/2011/linke-commons-oeffentliches/?share=twitter>

[Do what you want — no rights reserved](#)